

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

05.09.2009 /19.20-19.50 Uhr
06.09.2009 /12.30-13.00 Uhr (Wh.)
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndrinfo.de

Inhalt:

- US-Strategie am Hindukusch – Erfolgchance nur mit erheblich mehr Soldaten?
- Machtkampf im Iran - Kompromiss über Atomprogramm nicht mehr möglich?
- Abrupter Ausstieg oder schleichender Niedergang? Die möglichen Auswirkungen der Bundestagswahl auf die Wehrpflicht
- Aufklärungsdrohne Eurohawk – Sicherheitsrisiko für den zivilen Luftverkehr über Deutschland?

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Heute mit einer neuen Ausgabe der Sendereihe Streitkräfte und Strategien, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Der verheerende NATO-Luftangriff auf zwei gekaperte Tanklaster in der Nähe von Kundus hat einmal mehr deutlich gemacht, wie sehr sich die Sicherheitslage inzwischen auch im Norden Afghanistans verschlechtert hat. Dutzende von Menschen sind bei dem von der Bundeswehr angeforderten Luftangriff getötet worden. Man befürchtete offenbar, die Taliban könnten mit den Tankern einen Selbstmordanschlag auf das deutsche Camp verüben. Der Luftangriff zeigt zugleich, wie schwer es für die NATO-Truppen ist, angemessen auf bestimmte Bedrohungslagen zu reagieren. Rund 100.000 ausländische Soldaten sind inzwischen in Afghanistan im Einsatz. Doch die Gewalt hat nicht abgenommen – im Gegenteil.

Der neue ISAF-Befehlshaber McChrystal setzt inzwischen auf einen Kurswechsel am Hindukusch. Einzelheiten stehen in einem Bericht, den der US-General Anfang der Woche seinen Vorgesetzten übergeben hat. Zugleich fordert McChrystal ein Umdenken bei den ISAF-Soldaten. In der vergangenen Woche hat er eine entsprechende Direktive erlassen. Danach ist der Schutz

der Bevölkerung die zentrale Aufgabe, das Hauptziel der ISAF-Truppe. Der US-General:

O-Ton McChrystal (overvoice)

„Ich glaube, dass oft sehr viel wirkungsvoller und viel wichtiger als den Feind zu attackieren, folgendes ist: Der Kontakt zu den Menschen, sich mit ihnen auseinander zusetzen, die Situation wirklich zu verstehen, um dann alles zu tun, um die Menschen zu schützen. Da müssen wir uns verbessern.“

Weg vom Besatzer-Image. Auch der Befehlshaber des für Afghanistan zuständigen NATO-Kommandos sieht zu diesem Ansatz keine Alternative. Der deutsche Vier-Sterne-General Egon Ramms:

O-Ton Ramms

„Wenn wir die Unterstützung der Bevölkerung nicht gewinnen, müssen wir ernsthaft darüber nachdenken, ob wir dieses Land nicht verlassen müssen.“

Mehr Sicherheit für die afghanische Bevölkerung – das heißt allerdings auch die Bereitstellung weiterer Mittel. Konkret aus militärischer Sicht: Noch mehr Soldaten. Nur so lässt sich den Afghanen Sicherheit vermitteln, nur so ist die neue Strategie des ISAF-Befehlshabers umsetzbar: Durch die Präsenz von Streitkräften in der Fläche. Das geht aber nur, wenn die Truppe ihre schwer bewachten Camps und Feldlager verlässt, dort hinget, wo die Bevölkerung lebt. Der von General McChrystal vorgelegte Report ist daher die Basis für weitere Truppenverstärkungen, auch wenn in dem Bericht nicht ausdrücklich zusätzliche Soldaten gefordert werden - aus politischen Gründen. Denn inzwischen hat sich in den USA der Wind gedreht. Afghanistan ist Obamas Krieg – auch in Amerika sieht die Öffentlichkeit das Militär-Engagement am Hindu-kusch immer kritischer.

Der neue ISAF-Befehlshaber McChrystal hat in den vergangenen Wochen in Afghanistan bei den politischen Führern und Kommandeuren für seinen Ansatz geworben. Dabei bekam er immer wieder den Ruf nach noch mehr Soldaten zu hören, wie der US-General kürzlich bei dem Treffen mit dem Gouverneur von Kundus freimütig mitteilte:

O-Ton McChrystal

„Everywhere I go, governors and commanders need more forces. That's what I tell my superior as well.“

Zu hören ist, für die Umsetzung der neuen Afghanistan-Strategie müssten bis zu 40.000 weitere Soldaten stationiert werden – zusätzlich zu den von Obama bereits gebilligten Verstärkungen von rund 20.000 Soldaten. Die Zahl der ausländischen Truppen würde dann auf bis zu 140.000 ansteigen. Das wären mehr Soldaten als zu Hochzeiten der sowjetischen Besatzung in den 80er Jahren.

Was heißt das für die Bundeswehr? – Auch in Nordafghanistan lässt sich die neue Strategie nur mit erheblich mehr Soldaten umsetzen. Insbesondere für Kundus hält ISAF-Befehlshaber McChrystal weitere Sicherheitskräfte für notwendig:

O-Ton McChrystal

„It needs increased security. And typically that means you need increased security forces.“

Für den US-General könnte das aber auch eine Kombination von Soldaten, Polizisten und Geheimdienstlern sein.

Zurzeit beträgt die Obergrenze für das deutsche ISAF-Kontingent 4.500. Der Druck auf Berlin, mehr Soldaten zu schicken, wird nach der Bundestagswahl erheblich zunehmen. Soviel ist bereits jetzt absehbar: Bei der Mandatsverlängerung im Dezember wird die Obergrenze durch den Bundestag erneut beträchtlich angehoben – allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz.

Die weiteren Themen in Streitkräfte und Strategien:

- Machtkampf im Iran - Kompromiss über Atomprogramm nicht mehr möglich?
- Abrupter Ausstieg oder schleichender Niedergang? Die möglichen Auswirkungen der Bundestagswahl auf die Wehrpflicht. Und:
- Aufklärungsdrohne Eurohawk – Sicherheitsrisiko für den zivilen Luftverkehr über Deutschland?

In der vergangenen Woche hat die Internationale Atomenergiebehörde erneut einen Bericht über das iranische Atomprogramm vorgelegt. Festgestellt wird, dass Teheran weiterhin UN-Resolutionen missachtet. Die IAEO räumte zugleich ein, dass der Iran einige Zugeständnisse gemacht hat. So durften zum Beispiel Inspektoren den Schwerwasserreaktor in Arak besichtigen. Trotzdem: Im Streit um das Atomprogramm droht nun eine Eskalation. Alexander Lurz berichtet:

Manuskript Alexander Lurz

Der IAEO-Report markiert wohl den Beginn einer neuen Runde in dem langjährigen Konflikt. In knapp drei Wochen treffen sich die Staats- und Regierungschefs der sogenannten G 20 in Pittsburgh. Dort steht auch das Thema Iran auf der Agenda. Und Ende des Monats findet ebenso die UN-Vollversammlung in New York statt. Dann läuft die Frist aus, die dem Iran gesetzt wurde, um auf ein Verhandlungsangebot zu reagieren, das der EU-Außenbeauftragte Javier Solana im April in Teheran unterbreitet hatte. Sollte die iranische Regierung sie verstreichen lassen oder bis dahin keine substanziellen Zugeständnisse machen, droht eine neue Sanktionsrunde. Sie könnte bereits am Rande der Vollversammlung der Vereinten Nationen beschlossen werden. Bundeskanzlerin Merkel gab sich kürzlich während des Besuches des israelischen Regierungschefs in Berlin jedenfalls entschlossen:

O-Ton Merkel

„Die Offerten an den Iran, auch die Aufforderung, zu Gesprächen bereit zu sein, liegen auf dem Tisch. Wenn hierauf keine positive Antwort erfolgt, dann werden wir auch über stärkere Maßnahmen, sprich Sanktionen im Energiebereich und auch in anderen wichtigen, sensiblen Bereichen, Finanzmarkt Bereichen, nachdenken. Und nicht nur nachdenken, sondern auch darüber in der internationalen Gemeinschaft sprechen, wie wir das umsetzen.“

Sollte sich die von Merkel skizzierte Linie durchsetzen, könnte dies das Ende des Dialogansatzes mit dem Iran markieren, der im Frühjahr noch von der Regierung in Washington initiiert wurde.

Als Barack Obama im Januar das Amt des US-Präsidenten antrat, erbe er von der Vorgängerregierung unter George Bush eine Iran-Politik, die in der Sack-

gasse steckte. Bush hatte eine äußerst harte Linie verfolgt. Mit Hilfe von Sanktionen und der Androhung von Militärschlägen sollten die Machthaber in Teheran zu einem Politikwechsel gezwungen werden. Direkte Gespräche mit dem Iran lehnte die Regierung Bush ab. Das erschwerte die Lösung des Atomkonflikts zusätzlich. Eine besonders hohe Hürde für eine Verständigung stellte jedoch eine UN-Resolution dar, die die Bush-Regierung damals gemeinsam mit ihren westlichen Partnerländern durchsetzte. Diese Resolution untersagt dem Iran entgegen den Bestimmungen des Nichtverbreitungsvertrags vorerst die Anreicherung von Uran.

Aber nicht nur das Erbe der Bush-Regierung macht es Obama schwer, den Streit um das Atomprogramm zu entschärfen. Innen- wie außenpolitisch ist der Spielraum des US-Präsidenten begrenzt. Die USA unterhalten seit dreißig Jahren keine diplomatischen Beziehungen mit dem Iran. In dieser Zeit ist das Misstrauen zwischen den beiden Staaten stetig gewachsen. Grenzen werden der neuen Administration inzwischen auch durch die europäischen Partner gesetzt. Diese hatten sich in den vergangenen Jahren der kompromisslosen Linie Bushs schrittweise angenähert. Und nach Obamas Amtsantritt haben sie ihre Position nicht mehr substantiell verändert. Ein Kurswechsel in der Iran-Politik muss jedoch die Unterstützung der Europäer finden und mit ihnen koordiniert werden.

Außerdem muss der neue Präsident innenpolitisch Rücksicht auf seine eigene Partei nehmen. Bei den Demokraten gibt es Strömungen, die einen ähnlich konfrontativen Kurs befürworten wie unter George Bush. So gelten beispielsweise US-Außenministerin Hillary Clinton wie auch der im Februar zum Sondergesandten für die Region Persischer Golf und Südwestasien ernannte Dennis Ross als Verfechter eines härteren Vorgehens.

Dabei hatte sich unmittelbar nach dem Präsidentenwechsel in Washington eine moderate Linie durchgesetzt. Mit einer Reihe von größeren und kleineren Schritten ging die Obama-Administration in die diplomatische Offensive: Obama gestand dem Iran das Recht auf die zivile Nutzung der Nuklearenergie zu. Iran wurde zu einer internationalen Afghanistan-Konferenz in Den Haag einge-

laden, amerikanischen Diplomaten der Kontakt mit iranischen Kollegen erlaubt. Im Zentrum der Initiative stand eine Video-Grußbotschaft Obamas an das iranische Volk und seine Führer anlässlich des iranischen Neujahrsfestes Nowruz im März. Obama zeigte sich kompromissbereit:

O-Ton Obama (overvoice)

„Meine Administration legt sich nun auf eine Diplomatie fest, die alle Themen zwischen unseren Ländern anspricht und konstruktive Beziehungen zwischen den USA, Iran und der internationalen Gemeinschaft anstrebt. Dieser Prozess wird nicht durch Drohungen vorangetrieben. Wir suchen stattdessen einen Dialog, der aufrichtig ist und der auf gegenseitigem Respekt basiert.“

Mit dieser Erklärung ging Obama in dreifacher Hinsicht auf den Iran zu. Erstens erklärte er sich damit bereit, direkt mit Teheran zu verhandeln. Zweitens griff Obama die iranische Forderung auf, Gespräche nicht nur isoliert über das Nuklearprogramm zu führen, sondern auch über eine Reihe anderer Themen zu sprechen. Und drittens reichte er auch rhetorisch die Hand, indem er den auf Prestige bedachten Machthabern in Teheran gegenseitigen Respekt zusagte.

Der Versuch, den Stillstand im Konflikt um das Nuklearprogramm aktiv zu überwinden, fand jedoch Ende Mai in einem Brief Obamas an den iranischen Revolutionsführer Ayatollah Khamenei seinen Abschluss. Über den Inhalt des Briefes ist bislang nichts Konkretes bekannt geworden. Die Antwort aus Teheran soll nach Informationen der NEW YORK TIMES jedoch enttäuschend ausgefallen sein.

Es ist unklar, warum die amerikanische Initiative bislang ohne das gewünschte Echo blieb. Da sowohl der Brief Obamas als auch das Solana-Angebot nicht öffentlich wurden, ist nicht bekannt, ob und welche Zugeständnisse in der sensiblen Frage der Uran-Anreicherung gemacht wurden. Darüber hinaus dürfte eine Erklärung Hillary Clintons vor dem Auswärtigen Ausschuss des Repräsentantenhauses im April Zweifel bei der Führung in Teheran an der Aufrichtigkeit der Washingtoner Charme-Offensive gesät haben. Clinton hatte damals dem Iran mit neuen und harten Sanktionen gedroht. Diese Äußerung wurde im Iran äußerst negativ aufgenommen. Sie erweckte den Eindruck, dass die kooperati-

ven Töne Washingtons vor allem dazu dienen sollten, einen Hebel für weitere Sanktionen zu schaffen.

Ungünstig war zudem das Umfeld der US-Initiative. Die politische Lage im Iran wird in diesem Jahr vor allem durch die Innenpolitik bestimmt. Der außenpolitische Entscheidungsprozess wurde zunächst durch den Kampf um das Präsidentenamt gelähmt. Nach der mutmaßlich gefälschten Wiederwahl von Amtsinhaber Ahmadineschad und den Protesten im Iran ist dieser Prozess inzwischen völlig zum Stillstand gekommen. Die verschiedenen Fraktionen innerhalb der Regimes kämpfen vor und hinter den Kulissen um die Macht. Vor diesem Hintergrund sind außenpolitische Grundsatzentscheidungen kaum zu erwarten, wie auch Hillary Clinton in einem Interview mit der BBC einräumte:

O-Ton Clinton (overvoice)

„Die gegenwärtigen inneren Debatten im Iran machen es für das Land schwierig, wenn nicht gar unmöglich, einen diplomatischen Ansatz zu betreiben, nicht nur uns gegenüber, sondern auch gegenüber den 5+1. Dadurch wurde vieles zurückgestellt.“

Washington hielt bis Ende Juni an dem eingeschlagenen moderaten Kurs fest. Um einer Verhandlungslösung keine Steine in den Weg zu legen, hielt man sich zunächst sogar zurück bei der Verurteilung des gewaltsamen Vorgehens des iranischen Regimes gegen die Opposition. Doch diese Phase des Abwartens ist jetzt offenbar vorbei. Die Verfechter einer härteren Linie gewinnen an Gewicht. Der Ruf nach Sanktionen wird nicht nur wieder lauter, im Repräsentantenhaus werden inzwischen auch die ersten Schritte hierfür auf den Weg gebracht.

Die sogenannten EU-3, Deutschland, Frankreich und Großbritannien, müssten von einem härteren Vorgehen nicht überzeugt werden. Wie Kanzlerin Merkel erklärten auch der französische Präsident Sarkozy und der britische Premierminister Brown bereits ihre Bereitschaft für eine neue Sanktionsrunde.

Dass die Strategie von Zuckerbrot und Peitsche, die schon die Bush-Regierung verfolgte, dieses Mal besser funktioniert als in der Vergangenheit, bleibt allerdings zweifelhaft. Besser wäre es wohl, sich die Zeit für eine Atempause zu

nehmen, um den Ausgang des Machtkampfes abzuwarten. Denn erst dann ist erkennbar, welche Position Teheran im Konflikt um das Atomprogramm wirklich vertritt.

Flocken:

In diesem Monat wird ein neuer Bundestag gewählt. Im Mittelpunkt des Wahlkampfes stehen vor allem wirtschaftliche Themen. Der Ausgang der Wahl kann aber auch über die Zukunft der Wehrpflicht entscheiden. Hören Sie Andreas Dawidzinski:

Manuskript Andreas Dawidzinski

Offiziell ist die Bundeswehr eine Wehrpflichtarmee. Und geht es nach dem Willen der Bundeskanzlerin, wird sich daran auch nichts ändern. Angela Merkel bei dem feierlichen Gelöbnis von Rekruten vor dem Berliner Reichstagsgebäude am 20. Juli:

O-Ton Merkel

„Ich bekenne mich zur Wehrpflicht...Die Wehrpflichtigen haben unserem Land gut getan...Die Wehrpflicht ist zum Markenzeichen unserer Streitkräfte geworden, um das wir auch international beneidet werden.“

Diese Aussage ist stark übertrieben. Denn international ist die Wehrpflicht ein Auslaufmodell. Fast alle 28 NATO-Staaten haben sich von dieser Wehrform mittlerweile verabschiedet und auf Freiwilligen-Streitkräfte umgestellt. Neben Deutschland halten lediglich vier weitere Allianzmitglieder an der Wehrpflicht fest: Estland, Norwegen sowie Griechenland und die Türkei.

Streng genommen ist aber auch die rund 250.000-Soldaten starke Bundeswehr schon lange keine Wehrpflicht-Armee mehr. Sie besteht vor allem aus Berufs- und Zeitsoldaten - knapp 200.000 Männer und Frauen. Für die Wehrpflichtigen, die neun Monate ihren Grundwehrdienst leisten, sind gerade mal 30.000 Dienstposten vorgesehen.

Mit dem Fall der Mauer und dem Umbau der Bundeswehr zu einer Einsatz- oder Interventionsarmee ist die Wehrpflicht auch in Deutschland immer stärker

unter Druck geraten. Denn für die Auslandseinsätze werden Profis und längerdienende Soldaten benötigt.

Von den Bundestagsparteien stehen lediglich CDU und CSU noch hinter der Wehrpflicht. Die SPD plädiert seit einiger Zeit für einen „Freiwilligen Wehrdienst“, das heißt, es sollen nur noch die jungen Männer einberufen werden, die sich zuvor damit einverstanden erklärt haben. Angesichts von jährlich rund 400.000 wehrpflichtigen jungen Männern und dem geringen Bedarf der Streitkräfte werde die gegenwärtige Einberufungspraxis als staatliche Willkür empfunden, so die Begründung. Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Rainer Arnold:

O-Ton Arnold

„Wenn wir nichts ändern, höhlen wir die Wehrpflicht von innen heraus aus. Weil die junge Generation glaubt, der Staat geht nicht mehr korrekt mit ihnen um. Und damit wird die Akzeptanz, in unserer Gemeinschaft auch was zu leisten, im Endeffekt selbst kaputt gemacht. Und deshalb glaube ich, brauchen wir intelligenteren Lösungen als einfach weiter so.“

Die FDP ist für eine Aussetzung der Wehrpflicht. Merkels Wunsch-Koalitionspartner hält die Wehrpflicht für ungerecht und nicht mehr zeitgemäß. Birgit Homburger, die Verteidigungsexpertin der Liberalen:

O-Ton Homburger

„Ich glaube, dass wir insgesamt die Bundeswehr auch umstrukturieren und zukunftsfähig machen müssen und dass die Aufgaben und Herausforderungen, die die Bundeswehr jetzt schon wahrnimmt und in der Zukunft wahrnehmen wird, sowieso nicht von Wehrpflichtigen gemacht werden können.“

Auch die Grünen halten die Wehrpflicht für überholt. Der verteidigungspolitische Sprecher Winfried Nachtwei plädiert stattdessen für einen freiwilligen und flexiblen Kurzdienst:

O-Ton Nachtwei

„In der Länge 12-24 Monate, offen für Frauen und Männer. Beide Seiten können sich da abtesten, dann ist das glaube ich ein vernünftiger Weg anstelle der Wehrpflicht, die immer noch, das darf man nicht vergessen, ein Eingriff in die Grundrechte junger Männer ist. Und wenn es überhaupt gerechtfertigt sein soll, dann muss es sicherheitspolitisch unverzichtbar sein.“

Doch seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation ist die sicherheitspolitische Begründung der Wehrpflicht nicht mehr aufrechtzuerhalten. Nicht zuletzt deswegen kämpft auch DIE LINKE gegen die Wehrpflicht. Doch es gibt weitere Gründe. Der Sicherheitsexperte Paul Schäfer:

O-Ton Schäfer

„Jugendliche sind auch dafür, dass es gerecht zu geht in dieser Gesellschaft. Es geht aber was die Wehrpflicht anbetrifft überhaupt nicht mehr gerecht zu. Die Minderheit geht dort hin, die Mehrheit eben nicht. Und das soll geändert werden. Also Wehrpflicht aufheben, abschaffen.“

Von den Bundestagsparteien verteidigt inzwischen allein die Union die Wehrpflicht. Trotzdem versuchen die Anhänger der Wehrpflicht, manchmal einen anderen Eindruck zu vermitteln. So sind für Verteidigungsminister Jung öffentliche Gelöbnisse ein Bekenntnis zur Allgemeinen Wehrpflicht. Abgeordnete aus den anderen Parteien, die ebenfalls an diesen Veranstaltungen teilnehmen und die gegen diese Wehrform sind, werden diese Interpretation des CDU-Politikers zweifellos nicht ohne weiteres teilen.

Franz Josef Jung weiß, dass die Wehrpflicht-Anhänger nicht nur international sondern auch in Deutschland in der Defensive sind. Hauptvorwurf der Kritiker ist, dass von den rund 400.000 Wehrpflichtigen eines Jahrgangs für die Bundeswehr jedes Jahr nur rund 60.000 gebraucht werden. Peter Tobiassen, von der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer:

O-Ton Tobiassen

„Die Politik verlangt im Augenblick von der Verwaltung die Quadratur des Kreises, denn so etwas lässt sich einfach nicht gerecht organisieren. ... Ein Mittel dazu ist, dass im Rahmen der Musterungen 46 Prozent der deutschen Männer nicht mehr in der Lage sein soll, ... dass sie zur Landesverteidigung beitragen [können]. Das kann nie und nimmer gerecht sein. Der Großteil der Fußballspieler in der Bundesliga ist nicht tauglich. Das kann man niemandem erklären, dass diese Hochleistungssportler nicht in der Lage sein sollen, zur Landesverteidigung beizutragen. Das ist etwas, wo wir sagen, es herrscht eine gesetzlich normierte Wehrungerechtigkeit die mit Artikel 3 Grundgesetz (Gleichbehandlung) aller nicht vereinbar ist.“

Der Vorwurf, es gebe eine Wehrungerechtigkeit, weil nur ein kleiner Teil der Wehrpflichtigen zur Bundeswehr einberufen wird, lässt den Verteidigungsminister nicht kalt. Franz Josef Jung macht eine ganz andere Rechnung auf:

O-Ton Jung

„Wenn Sie rund 400.000 Jugendliche haben, dann waren bei den einberufenen Jahrgängen rund 20 Prozent untauglich. Also dann sind Sie schon einmal bei 320.000. Dann waren in etwa die Hälfte [von] dieser Zahl Zivildienstleistende, also Wehrdienstverweigerer. Dann sind Sie bei rund 170.000. Dann hatten [wir] eine Zahl von 20.000, 25.000, die jetzt erstens beim THW die Zeit machen, oder bei der Feuerwehr oder dritte Söhne sind oder verheiratet sind - die berufen wir auch nicht ein. Dann waren Sie noch bei 150.000. Und davon haben wir 125.000 - ich sage jetzt nur die Rund-Zahl - einberufen, das heißt also rund 80 Prozent. Das ist im Grunde genommen die Aufgliederung. Und wenn immer wieder steht, von 400.000 werden nur 60.000 einberufen, dann ist das einfach falsch.“

Mit diesem für Kritiker etwas eigenwilligen Verständnis von Wehrgerechtigkeit ist der Verteidigungsminister im Juli beim Bundesverfassungsgericht durchgekommen. Die Karlsruher Richter wiesen nämlich erneut eine Vorlage des Verwaltungsgerichts Köln zurück, in der die gegenwärtige Einberufungspraxis als verfassungswidrig beurteilt wurde. Die Verwaltungsrichter hätten ihre Ansicht zu pauschal und nur unzureichend begründet, monierte Karlsruhe. U.a. wurde eine konkrete Auseinandersetzung mit der Frage vermisst, wie sich die vor einigen Jahren vom Verteidigungsministerium verordnete Streichung des Tauglichkeitsgrades T3 ausgewirkt habe. Durch diese Maßnahme sind schlagartig Tausende junger Männer für den Wehrdienst nicht mehr in Frage gekommen.

Kein Wunder, dass Verteidigungsminister Jung den Beschluss der Verfassungsrichter begrüßte. Trotzdem bleibt die Wehrpflicht unter Druck. Begründet wird sie u.a. als ein Beitrag zur Sicherheitsvorsorge. Ein nicht überzeugendes Argument, findet nicht nur der Wehrpflichtkritiker Tobiassen:

O-Ton Tobiassen

„Von den 114.000 Männern des Geburtsjahrgangs 1981, das sind die, die jetzt 28 sind, haben 1021 Wehrübungen geleistet. Das sind 0,9 Prozent. Andersherum heißt es, 99 Prozent derjenigen, die Grundwehrdienst geleistet haben, haben danach nie mehr eine Wehrübung gemacht. Und die Bundeswehr sagt, wer drei Jahre lang nicht in der Truppe war, der fängt eigentlich bei Null wieder an. Das heißt, die Situation, dass die Wehrpflicht Sicherheitsvorsorge sein soll,

ist überhaupt nicht mehr gegeben. Nur dann, wenn man die Leute tatsächlich in Übung hält, würden sie im Verteidigungsfall auch zur Verfügung stehen.“

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund wird in der Union über ein Heimatschutzkonzept nachgedacht – quasi als Weiterentwicklung der Wehrpflicht. Reservisten und ehemalige Wehrpflichtige könnten dann auch eine größere Rolle spielen – so die Vorstellung. Möglicherweise nicht nur beim Katastrophenschutz sondern auch bei der Terrorabwehr. Die Diskussion über einen Einsatz der Bundeswehr im Innern ist auch vor diesem Hintergrund zu sehen.

Einer der wesentlichen Gründe für die Wehrpflicht ist inzwischen, dass sich auf diese Weise vergleichsweise einfach die Rekrutierungsprobleme der Bundeswehr entschärfen lassen. Denn die Wehrpflichtigen von heute sind die Zeit- und Berufssoldaten von morgen. So sieht es der Verteidigungsminister:

O-Ton Jung

„40 Prozent unserer Zeit- und Berufssoldaten waren Wehrpflichtige.“

Für den Bundesverteidigungsminister und seinen Generalinspekteur ist die Wehrpflicht nicht nur die intelligentere Wehrform. Nach Ansicht von General Wolfgang Schneiderhan schafft die Wehrpflicht auch die Voraussetzungen, dass Deutschland die Auslandseinsätze durchhalten kann:

O-Ton Schneiderhan

„Die Bundeswehr hat noch nie sagen müssen: Wir können nicht mehr. Wir fliegen seit Januar 2002 jeden göttlichen Tag mit Hubschraubern und Transall in Afghanistan. Uns ist die Luft nie ausgegangen. Wir mussten nicht abziehen und die Solidarität im Kosovo verlassen oder sonst wo. Wir halten das, was wir zugesagt haben, konsequent ein, über viele, viele Jahre...Ich würde sagen, das gehört auch zur Wahrheit, dass wir das ohne Wehrpflicht vermutlich so nicht leisten könnten.“

Die Bundeswehr, aufgrund der Wehrpflicht also ein Vorbild für die NATO-Bündnispartner? Obwohl Grundwehrdienstleistende nicht für Auslandsmissionen eingesetzt werden? - Wohl kaum. Denn von der 250.000-Soldaten starken Bundeswehr befinden sich gerade etwas mehr als 7.000 im Auslandseinsatz – weniger als 5 Prozent. Vielmehr geht zurzeit auch nicht. Großbritannien ist da-

gegen allein in Afghanistan mit mehr als 9.000 Soldaten präsent – und das, obwohl die britischen Freiwilligen-Streitkräfte kleiner sind als die Bundeswehr. Außerdem gibt es bei dem deutschen Kontingent am Hindukusch einen chronischen Mangel an Helikoptern – man verfügt über lediglich acht Transporthubschrauber - viel zu wenig, wie immer wieder in der Truppe geklagt wird. Zur Selbstzufriedenheit besteht daher kein Anlass. Mit der Wehrpflicht lassen sich diese Probleme jedenfalls nicht lösen. Dass diese Wehrform ein Zukunftsmodell ist, darf bezweifelt werden. Wie auch immer die Bundestagswahl in diesem Monat ausgehen wird: Die Unionsparteien werden es nicht leicht haben, die Wehrpflicht gegenüber einem Koalitionspartner durchzusetzen. Gute Argumente haben sie jedenfalls nicht.

* * *

Flocken:

In den Luftstreitkräften sind ferngesteuerte Flugzeuge und Flugkörper auf dem Vormarsch. Die Bundeswehr versucht, bei dieser Entwicklung nicht den Anschluss zu verlieren. Schon demnächst soll der sogenannte Eurohawk über Norddeutschland kreisen. Die neuen Flugsysteme – sind sie ein Sicherheitsrisiko für den zivilen Luftverkehr? Axel Schröder ist dieser Frage nachgegangen:

Manuskript Axel Schröder

Immer öfter kommen in bewaffneten Konflikten unbemannte, ferngesteuerte Fluggeräte zum Einsatz. Die kleineren heißen Drohnen: Sie gehören bereits zum Arsenal der Bundeswehr und werden inzwischen auch in Afghanistan eingesetzt. Die größeren Systeme werden UAVs genannt: Unmanned Aerial Vehicles, unbemannte Luftfahrzeuge. - Das erste eigens für die deutsche Luftwaffe entwickelte UAV soll der Eurohawk werden. Luftwaffen-Sprecher Hartmut Beilmann:

O-Ton Beilmann

„Der Eurohawk basiert auf dem so genannten Global Hawk, also eines US-produzierten Fluggerätes. Er ist aber ansonsten eine Eigenproduktion, die in Amerika gebaut wird. Und der Erstflug hierfür ist für den Jahreswechsel vorgesehen. Der Testbetrieb läuft bereits, er wurde aufgenommen am 15. Juni diesen Jahres in Palmdale / Kalifornien.“

Mit 40 Metern Spannweite ist der Eurohawk eines der größten UAVs weltweit, ein Rolls-Royce-Düsentriebwerk kann die Maschine auf über 600 Kilometer pro Stunde beschleunigen. 1,4 Tonnen Aufklärungstechnik kann der Eurohawk in 20 Kilometer Höhe tragen. Und dort wesentlich länger verweilen als das alte bemannte Aufklärungssystem, die Propellermaschine Breguet Atlantic:

O-Ton Beilmann

„Der Eurohawk wird Stunden – wir sprechen hier von über einem Tag – im Einsatz sein können und über einem bestimmten Einsatzgebiet ständig aktuelle Bilder und Daten liefern können.“

Der Zeitplan für die Einführung des Eurohawks scheint allerdings sehr ambitioniert: ginge es nach den Wünschen der Luftwaffe, würde sich das System bereits in knapp zwei Jahren den Himmel über Deutschland mit der zivilen Luftfahrt teilen. Obwohl das Luftverkehrsgesetz einen gemischten Verkehr von bemannten und unbemannten Jets bisher verbietet. Und obwohl die technischen Sicherheitssysteme des Eurohawks noch keineswegs ausgereift sind - so sieht es der ehemalige Phantomjetpilot Werner Schweizer. Er setzt sich schon seit Ende der 80er Jahre für mehr Sicherheit am Himmel ein. Sieben Jahre lang hat er im Auftrag der Luftwaffe Flugzeugkatastrophen am deutschen Himmel untersucht. Heute arbeitet er für die Firma GFD, die Gesellschaft für Flugzieldarstellung. Schweizer und seine Kollegen inszenieren fast täglich Trainingsluftkämpfe für die deutsche Luftwaffe. Er macht klar: das wichtigste Sicherheitsprinzip über den Wolken ist „See and Avoid“ – „Die Gefahr - zum Beispiel ein heranrasendes Flugzeug - sehen und ausweichen“. An 80 Prozent aller Flugunfälle ist nach Schweizers Angaben der Pilot schuld, aber dies spricht keineswegs für unbemannte Luftfahrzeuge:

O-Ton Schweizer

„Man müsste aber umgekehrt die Statistik auch mal betrachten: wie viele Unfälle verhindert der Pilot? Also, beim französischen Safety-Management-System der Air-France hat sich klar herausgestellt, dass der Pilot die größte und wichtigste Sicherheitseinrichtung im Gesamtsystem Luftfahrt einfach ist. Und das finde ich schon eine interessante Aussage auch im Hinblick auf UAVs!“

Denn im Eurohawk gibt es keinen Piloten. Das System wird vom Boden aus ferngesteuert. „See and Avoid“ soll deshalb durch „Sense and Avoid“ ersetzt werden: statt wacher Pilotenaugen sollen Sensoren auf drohende Kollisionen

hinweisen. Aber die sind zurzeit noch viel zu kurzsichtig, erklärt Werner Schweizer:

O-Ton Schweizer

„Also ‚Sense and Avoid‘ kann derzeit noch nicht so weit sehen wie es das menschliche Auge kann. Man spricht momentan von circa 400 bis 500 Metern. Innerhalb dieses Bereiches wäre dann dieses unbemannte Luftfahrzeug in der Lage, einem Hindernis oder einem anderen Flugzeug auch auszuweichen.“

Und diese maximal 500 Meter sind viel zu wenig, um rechtzeitig auf drohende Kollisionen oder Abstürze zu reagieren, so der Luftfahrtexperte. Denn schon bei Geschwindigkeiten von rund 120 Metern pro Sekunde blieben den Piloten der aufeinander zu rasenden Luftfahrzeuge nur rund 3 Sekunden, um zu reagieren. Dabei sitzt der Pilot des Eurohawks weit entfernt in der Bodenstation und ist per Funk, Datenlink, per Satellit mit dem Fluggerät verbunden. Und allein die Datenübertragung vom Himmel zur Erde dauert über eine Sekunde. Weil die elektronischen Augen kaum einen Sicherheitsgewinn bringen, haben die Amerikaner im baugleichen Global Hawk ein zweites Sicherheitsinstrument verbaut: das so genannte „TCAS“. TCAS steht für „Traffic Collision Avoidance System“:

O-Ton Schweizer

„Das erste Sicherheitslayer ist natürlich das ‚Sense and Avoid-System‘. Und dann kommt schon das TCAS-System, das ‚Traffic Collision and Avoidance-System‘. Anders wäre das gar nicht akzeptabel. Und sie müssen ja Akzeptanz finden bei der bemannten Luftfahrt.“

Das von Werner Schweizer für den Eurohawk geforderte TCAS-System ist mittlerweile weltweit Standard auch in Linienjets: ein Transponder sendet während des Fluges die eigene Höhe, den Standort und die Geschwindigkeit an alle anderen Luftfahrzeuge. Und das TCAS-System macht in gefährlichen Situationen sogar Ausweichvorschläge. Aber statt das bewährte TCAS auch im Eurohawk zu nutzen, soll ein deutsches, noch nicht zertifiziertes, dem TCAS ähnliches System zum Einsatz kommen. Mehr Sicherheit brächte dieses System allerdings nur, wenn es wie z. B. in den Niederlanden eine Transpondereinschaltspflicht für alle Luftfahrzeuge über Deutschland gäbe. Ohne eine solche Regelung bliebe das TCAS des Eurohawks nutzlos.

Ob der Eurohawk, der voraussichtlich Mitte nächsten Jahres von den USA zum EADS-Standort im süddeutschen Manching überführt werden soll, am Ende für flugtüchtig erklärt wird, entscheidet das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung. Dort wird entschieden, ob der unbemannte Jet tatsächlich die gleichen Sicherheitsanforderungen erfüllt wie ein bemannter Flieger. Nur dann ist, aus technischer Sicht, ein gemischter Verkehr von UAVs und zivilen Luftfahrzeugen möglich. – Dem Zeitplan der Luftwaffe, diesen Mischverkehr schon 2011 zu starten, stehen aber neben den technischen Unwägbarkeiten noch komplexe rechtliche Hürden entgegen. Das weiß auch Luftwaffensprecher Hartmut Beilmann:

O-Ton Beilmann

„Im Moment sagt das internationale Recht hierzu noch nichts aus. Das heißt: es muss erst angepasst werden und danach müssen dann nationale Vorschriften diesem internationalen Recht untergeordnet werden.“

In die Verhandlungen eingebunden ist an erster Stelle die Internationale Zivilluftfahrtorganisation ICAO, die hohe Anforderungen an die UAV-Nutzung stellt. Ihr Regelwerk gilt weltweit, entsprechend langsam kommen die Verhandlungen voran. Und erst, wenn auf dieser Ebene ein Durchbruch erzielt ist, müssen die nationalen Gesetze und Verordnungen, allen voran das deutsche Luftverkehrsgesetz geändert werden. - Die Arbeitsgruppen im Bundesverteidigungs- und -verkehrsministerium arbeiten bereits an entsprechenden Novellierungen. Obwohl nach Aussagen des Luftfahrtbundesamtes noch gar nicht klar ist, wie die Einsätze des Systems Eurohawk am Ende praktisch durchgeführt werden. Bisher, so Hartmut Beilmann, ist klar:

O-Ton Beilmann

„Generell brauchen sie eine Crew von mindestens drei Mann: das ist der Führer, das ist der Operator selbst, das ist der Mission Commander und das ist derjenige, der die Sensortechnik bedient. Also, die drei Mann: das ist die Mindestvoraussetzung.“

... und während der ersten Flüge über Norddeutschland soll für alle Fälle ein zweites Team bereitstehen, so Beilmann. – Seit dem Jahr 2000 kam es auf Übungsplätzen und in abgesperrten Lufträumen über Deutschland zu 19 Ab-

stürzen von Drohnen des Heeres. Eine neue Bundeswehr-Studie hält das Unfallrisiko bei UAV-Einsätzen aber trotzdem für gering. Also kein Grund zur Beunruhigung? Der ehemalige Jet-Pilot Werner Schweizer:

O-Ton Schweizer

„Das Ergebnis ist ja sehr vielversprechend: dass die erste Kollision ja – nach 30.000 Jahren auftreten wird. Also eine sehr geringe Wahrscheinlichkeit. Kann man nur hoffen, dass es nicht am ersten Tag passiert!“

* * *

Flocken:

Ein Bericht von Axel Schröder.

Soviel für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung finden Sie in der Mediathek und als Podcast unter ndrinfo.de. Dort können Sie auch den Newsletter der Sendereihe Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann jeweils das aktuelle Manuskript der Sendung kostenlos per E-Mail zu. Am Mikrofon verabschiedet sich Andreas Flocken.